



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die zur Verbesserung der Straßen-, Schienen-, Fähr- und Flugverbindungen notwendigen und nachfolgend benannten Infrastrukturmaßnahmen zügig umzusetzen und sich bei der Bundesregierung und der dänischen Regierung für eine entsprechende Realisierung einzusetzen:

- Die Bahnstrecke Hamburg-Kolding muss ausgebaut werden. Hierzu gehört, dass das Nadelöhr an der Rendsburger Hochbrücke durch einen Eisenbahntunnel unter den Nord-Ostsee-Kanal ersetzt wird.
- Die Autobahn A7 (E45) muss von Neumünster bis Kolding dreispurig ausgebaut werden, um genügend Kapazität für den künftig noch zunehmenden Verkehr zu schaffen.
- Die A20 mit der Elbquerung westlich von Hamburg muss zügig fertig gestellt werden.
- Die Bahnstrecke Hamburg-Westerland muss modernisiert werden. Dies gilt insbesondere für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Niebüll-Klanxbüll.
- Die Bahnstrecke Niebüll-Tønder-Esbjerg muss ausgebaut werden und soll dauerhaft ohne Umsteigen befahren werden können.
- Die B5 als wichtigste Nord-Süd-Verbindung an der Westküste muss bis zur dänischen Grenze mit drei Fahrbahnen kreuzungsfrei ausgebaut werden.
- Die B200 von Husum nach Flensburg und die B 199 von Flensburg nach Niebüll müssen ausgebaut werden.
- Die Schleibrücke Lindaunis muss erneuert werden.

- Die Tide-unabhängige Anbindung der Insel Amrum muss sichergestellt werden.

Begründung:

Die Infrastruktur des Landesteils Schleswig ist eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig sein sollen und wenn die Touristen den Weg in die nördliche Region finden sollen, dann muss der Norden besser an die europäischen Verkehrsnetze angebunden werden. Leider ist die verkehrliche Anbindung aber in vielerlei Hinsicht stark Verbesserungsbedürftig. Die Finanzierung der Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung auf deutscher Seite durch den Bund und das Land Schleswig-Holstein darf nicht dazu führen, dass die für den Landesteil Schleswig dringend notwendigen verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen weiter verzögert werden. Gerade für die Entwicklung der gemeinsamen deutsch-dänischen Region als Wirtschaftstandort ebenso wie als Tourismusstandort ist dies unabdingbar.

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW